

erschienen in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Stefan Hügel

Ereignis-Log 4/09

Immer häufiger gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung kann nicht vollständig sein; einige besonders bedeutsame Ereignisse sollen aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

August 2009

21. August 2009: Nach einer Umfrage des Dimap-Instituts wird das Internet immer mehr von Personalabteilungen als Quelle für Informationen über Bewerber genutzt. Dabei werden Bewerber auf Hobbies, Interessen, Meinungsäußerungen und private Vorlieben getestet. In der Folge werden viele erst gar nicht zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen (Quellen: Berliner Zeitung, Heise).

22. August 2009: Nach einer umfassenden Kontrolle der Videokameras an öffentlich zugänglichen Orten kommt der niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte, Joachim Wahlbrink, zu dem Ergebnis, dass die Zahl der von Firmen und Behörden installierten Kameras erheblich zugenommen habe. Dabei fehlten häufig die vorgeschriebenen Verfahrensbeschreibungen und Hinweisschilder; häufig seien die Kameras auf Wohn- und Firmenräume gerichtet (Quelle: Heise).

25. August 2009: Ein interner Bericht der Metropolitan Police in London stellt fest, dass pro 1000 Überwachungskameras in Großbritannien lediglich eine Straftat aufgeklärt wird. Grund dafür sei die mangelhafte Auswertung des Materials; häufig würden die aufgezeichneten Daten überhaupt nicht gesichtet (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

28. August 2009: Die Umsetzungsvorgaben für Web-Sperren sollen geheimgehalten werden. Laut Amtsblatt 16/2009 wird die Richtlinie als nur für den Dienstgebrauch verwendbare Geheimakte eingestuft. Nach öffentlicher Kritik wird die Geheimhaltung später zurückgenommen (Quelle: Heise).

September 2009

4. September 2009: Die Firma Diebold hat ihren Geschäftsbe-
reich für Wahlsysteme an den bisherigen Konkurrenten Election

Systems & Software (ES&S) verkauft. Bei den Wahlmaschinen von Diebold wurden immer wieder Sicherheitslücken oder Designmängel aufgedeckt; die Hersteller sahen sich wiederholt Regressforderungen ausgesetzt (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

6. September 2009: Bei der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Geldern wurden persönliche E-Mails zur Fraktionsspitze „umgeleitet“. Betroffene haben Strafanzeige gestellt. Die Fraktionsvorsitzende verglich das Einsehen der privaten E-Mails mit dem Lesen von Postkarten und sieht deshalb keine rechtlichen Probleme (Quelle: Heise).

12. September 2009: Zehntausende Teilnehmer haben in Berlin gegen Überwachung in Staat und Wirtschaft demonstriert. Zu der Demonstration unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn“ hatte ein breites Bündnis – unter anderem das FlFF – aufgerufen (Quellen: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Heise, netzpolitik.org).

13. September 2009: Nach der Demonstration „Freiheit statt Angst“ wurde das überharte Vorgehen der Polizei gegen Überwachungsgegner kritisiert. Ein Video zeigt, wie Polizeibeamte einen Demonstranten ins Gesicht schlagen, ihn zu Boden zeren und treten. Gegen die Beamten wurden Ermittlungen wegen Körperverletzung im Amt eingeleitet (Quellen: Chaos Computer Club, Heise, netzpolitik.org).

16. September 2009: Das Verwaltungsgericht Köln hat einen Antrag von Hansenet zur Befreiung von der Vorratsdatenspeicherung abgelehnt. Das Unternehmen wollte eine Ausnahme von der Verpflichtung zur verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung erreichen (Quelle: Heise).

19. September 2009: Bei der Deutschen Bank wurde per Rasterfahndung nach einer undichten Stelle gesucht. Das Unternehmen glich die von Anschlüssen der Bank aus gewählten Zielrufnummern mit bekannten Telefonnummern von Journalisten ab (Quellen: Spiegel, Heise).

21. September 2009: Der Koalitionsvertrag der sächsischen CDU-FDP-Koalition sieht die Ausdehnung der Überwachung bei der Internet-Telefonie vor. Die dabei eingesetzte Technik ist vergleichbar mit der Technik für heimliche Online-Durchsuchungen (Quellen: FDP, Heise).

23. September 2009: Web-Seiten von MySpace und weiteren Plattformen wurden in der Türkei gesperrt. Die Sperren gegen die Webseiten von MySpace sowie Lastfm.com.tr und die Online-Videoplattform Akilli.tv seit dem 19. September wurden durch einen Istanbul Staatsanwalt in einem Urheberrechtsverfahren am 26. Juni dieses Jahres angeordnet (Quellen: Heise, netzpolitik.org, Deutschlandfunk).

23. September 2009: Das Verwaltungsgericht München hat eine Klage gegen automatisches Scannen von Kfz-Kennzeichen abgelehnt. Die Kammer widersprach der Auffassung des Klägers, dass die Vorschriften im Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG) zu unbestimmt und überdies unverhältnismäßig seien (Quellen: Heise, netzpolitik.org, daten-speicherung.de).

23. September 2009: Die Zahl der Verfahren, bei denen Telefon- und Computerkommunikation überwacht wurde, ist um

11% gestiegen. 2007 waren es noch 4806 solcher Verfahren; diese Zahl betrug im vergangenen Jahr 5348 (Quellen: Süddeutsche Zeitung, Heise).

23. September 2009: Bei den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) wurden jahrelang rechtswidrig Krankendaten der Mitarbeiter gesammelt und bei der Entscheidung über die Karriereentwicklung zu Grunde gelegt. Dabei wurden Beschäftigte zur Auskunft über Krankheiten und Diagnosen unter Androhung der Kündigung gezwungen (Quelle: Heise).

25. September 2009: Ein Papier aus dem Bundesinnenministerium sieht die erhebliche Erweiterung staatlicher Befugnisse für die innere Sicherheit vor. Unter anderem sieht das Papier die Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes in Bereiche vor, die bisher Domäne der Polizei waren. Der genetische Fingerabdruck soll als erkennungsdienstlicher Standard etabliert werden (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

27. September 2009: Die Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag ergeben eine Mehrheit für eine christlich-liberale Koalition aus CDU, CSU und FDP. Datenschützer erhoffen sich von einer Regierungsbeteiligung der FDP Verbesserungen bei den Bürgerrechten. Diese Hoffnungen werden genährt, als Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – profilierte Bürgerrechtlerin an der Seite von Gerhart Baum und Burkhard Hirsch – das Justizministerium übertragen wird. Die Koalitionsvereinbarungen enthalten aber viele nur scheinbare Verbesserungen, die bei genauer Betrachtung lediglich den Status Quo festschreiben (Quellen: Zeit, Spiegel, Heise, netzpolitik.org).

28. September 2009: Die chinesischen Behörden beginnen, Knoten des Anonymisierungsdienstes Tor zu blockieren. Am darauffolgenden Tag erklärt die Vereinigung „Reporter ohne Grenzen“, dass das Internet in China zunehmend zensiert werde (Quelle: Heise).

Oktober 2009

5. Oktober 2009: Die New York Times berichtet über Vermutungen, dass die olympischen Sommerspiele 2016 unter anderem wegen der rigiden Grenzkontrollen in den USA nicht an Chicago vergeben wurden (Quellen: New York Times, netzpolitik.org).

10. Oktober 2009: Das Rumänische Verfassungsgericht hat die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung in Rumänien für verfassungswidrig erklärt. Nur auf eine richterliche Anordnung hin und unter staatsanwaltlicher Aufsicht sei die Speicherung von Daten zulässig (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

10. Oktober 2009: Bundesinnenminister Schäuble fordert mehr Reglementierung des Internet und verstärkten Einsatz von Videokameras. Videokameras seien sinnvoll, wenn weniger soziale Kontrolle zu einem geringeren Schutz führe. Auch das Internet solle stärker reglementiert werden. Er räumte gleichzeitig ein, dass die Idee für das Zugangerschwerungsgesetz – die Einführung von Internet-Sperren – im Wahlkampf entstanden sei (Quelle: Heise).

15. Oktober 2009: Der Widerstand des EU-Parlaments gegen Internet-Sperren bei Urheberrechtsverletzungen nimmt ab. Ein

neuer Vorschlag soll den vieldiskutierten Änderungsantrag 138 ersetzen. Mit dem Änderungsantrag hatten sich die Abgeordneten dafür ausgesprochen, dass Eingriffe in die Grundrechte der Nutzer – wie das Sperren von Internetverbindungen – nur per Gerichtsentscheidung möglich sein sollen (Quelle: Heise).

15. Oktober 2009: Das Bundeskriminalamt hat seit der Novelle des BKA-Gesetzes noch keine Online-Durchsuchung durchgeführt. Dies teilte ein Sprecher auf Anfrage der *taz* mit. Gegen das Gesetz hat der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum eine Verfassungsbeschwerde angestrengt (Quellen: *taz*, Heise).

16. Oktober 2009: Dem NDR sind ca. 27.000 Datensätze des Finanzdienstleisters AWD mit Personendaten und Angaben zu ca. 60.000 Verträgen zugespielt worden. Die Daten enthalten Abschlussdatum der Verträge, Laufzeit und die vom Kunden zu zahlenden Beträge (Quellen: NDR, netzpolitik.org).

16. Oktober 2009: Auf gemischte Reaktionen treffen die Koalitionsabsprachen zur Innenpolitik. Insbesondere die Festlegungen zu Bürgerrechten gehen kaum über die ohnehin garantierten Rechte hinaus. So wird beispielsweise der Zugriff der Bundesbehörden auf die gespeicherten Vorratsdaten der Telekommunikationsunternehmen bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt und bis dahin auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben und Freiheit beschränkt – eine ohnehin vom Bundesverfassungsgericht im Wesentlichen bereits vorgegebene Einschränkung (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

16. Oktober 2009: Die BigBrotherAwards 2009 wurden im Rahmen eines Festakts in Bielefeld verliehen. Der scheidende Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wurde für sein Lebenswerk ausgezeichnet; Familienministerin Ursula von der Leyen erhielt einen Preis für ihre Pläne zur Internet-Zensur (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

17. Oktober 2009: Bei dem sozialen Netzwerk SchülerVZ werden über 1 Million Datensätze von Nutzern ausgelesen. Die Daten wurden dem Blog netzpolitik.org zugespielt. Ein unter dem Vorwurf der Erpressung verhafteter Mann begeht später in der Untersuchungshaft Selbstmord; der gegen ihn erhobene Vorwurf wird verschiedentlich angezweifelt. Der Fall offenbart erhebliche Sicherheitslücken bei SchülerVZ (Quellen: *Zeit*, Heise, netzpolitik.org).

20. Oktober 2009: Gegen die Deutsche Bahn AG wird wegen schwerwiegenden Verstößen gegen das Datenschutzrecht ein Bußgeld in Höhe von €1,1 Millionen verhängt – das bisher höchste Bußgeld wegen Datenschutzverstößen. Die Bahn akzeptiert den Bußgeldbescheid. Unter anderem hatte sie per Rasterfahndung verdachtsunabhängig nach Fällen von Korruption gesucht (Quelle: Heise).

24. Oktober 2009: Der zentrale Server beim irischen Ableger von Lidl war zeitweise offen zugänglich. Damit waren vertrauliche Daten öffentlich einsehbar. Darunter waren Umsatzzahlen, Einkaufsplanungen, Krankmeldungen oder Abmahnungen von Beschäftigten. Lidl war bereits zuvor wegen Datenschutzverstößen aufgefallen (Quellen: Spiegel, Heise).

26. Oktober 2009: Nach einem Bericht der Stiftung Warentest gewährt die Postbank freien Beratern Zugriff auf die Girokon-

tendaten ihrer Kunden. Dabei hätten ca. 4000 Berater Einsicht in alle Kontobewegungen der Kunden gehabt. Nach den Berichten sperrt die Postbank den Zugriff auf die Daten (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

27. Oktober 2009: Einbrecher in die Online-Stellenbörse der britischen Tageszeitung *Guardian* haben sich Zugriff auf ca. eine halbe Million Datensätze von Bewerbern einschließlich deren Lebensläufe verschafft (Quelle: Heise).

28. Oktober 2009: Der Daimler-Konzern verlange Bluttest von seinen Stellenbewerbern, so berichtet NDR Info. Bei Arbeitsrechtlern stößt dieses Vorgehen auf scharfe Kritik, da damit in das Persönlichkeitsrecht eingegriffen werde. Obwohl es nicht zulässig ist, Bewerber zu Gesundheitstests zu zwingen, können sie sich kaum entziehen, ohne mit dem Ausschluss aus dem Bewerbungsverfahren rechnen zu müssen (Quellen: NDR, *taz*).

29. Oktober 2009: Bei der Online-Buchhandlung Libri.de war es möglich, online Rechnungen von Kunden einzusehen. Dazu reichte es aus, bei der URL in der Adresszeile des Browsers eine variierende Rechnungsnummer einzugeben (Quellen: Heise, netzpolitik.org).

30. Oktober 2009: Bei der englischen Rural Payments Agency wurden zwei Backup-Speicher verloren, auf denen sich Kontodaten von ca. 100.000 britischen Landwirten befanden (Quellen: *Farmers Weekly*, netzpolitik.org).

November 2009

3. November 2009: Kunden des Deutschen Sparkassenverlags konnten die Rechnungen anderer Kunden einsehen. Durch Ändern einer ID konnten angemeldete Nutzer sich die Rechnungen anzeigen lassen. Dadurch konnte auf fast 350.000 Rechnungen zugegriffen werden (Quellen: *Zeit*, Heise, netzpolitik.org).

4. November 2009: Beschäftigte des Norddeutschen Rundfunks (NDR) berichten, dass sie sich im Bewerbungsverfahren einem Bluttest hätten unterziehen müssen. Der NDR hat das bestätigt. Nur wenige Tage zuvor hatte der NDR seinerseits Bluttests bei Daimler angeprangert (Quellen: *taz*, netzpolitik.org).

4. November 2009: Das insolvente Versandhaus Quelle hat angekündigt, im Rahmen der Geschäftsauflösung möglicherweise auch die Kundendaten zu verkaufen, sofern kein Widerrufsvermerk vorliege. Dabei solle das Listenprivileg zur Anwendung kommen. Laut Bundesverband der Verbraucherzentralen ist die Anwendung des Listenprivilegs im Insolvenzfall ausgeschlossen; der Verband forderte den Konkursverwalter von Quelle auf, alle Kundendaten nach der Abwicklung der Vertragsbeziehungen zu löschen (Quellen: *Süddeutsche Zeitung*, netzpolitik.org).

11. November 2009: Eine Berliner Firma hat missbräuchlich auf Daten aus Systemen der Bundesagentur für Arbeit zugegriffen. Dazu wurden ca. 2500 fingierte Stellenangebote eingestellt. Die Bundesagentur betonte, dass es sich um Einzelfälle gehandelt habe; ca. 3000 von 200.000 Angeboten seien unseriös gewesen. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hatte zuvor datenschutzrechtliche Bedenken bei einzelnen Systemen geäußert (Quellen: Spiegel, Heise).